

# Waldenburger Zeitung

(Waldenburger Wochenblatt)

Fernsprecher 3

## Publikationsorgan

der städtischen Behörden von Waldenburg, sowie von Amts- und Gemeindevorständen des Kreises Waldenburg. Postcheckkonto: Breslau Nr. 10073. Konto bei: Ortsgirofasse der Stadt Waldenburg, Waldenburger Handels- u. Gewerbebank, Bankhaus Eichhorn & Co., Communalständische Bank.



Wochenblatt

Fernsprecher 3

## Erscheint täglich

mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 4,90, monatlich 1,65 M. frei Haus. Preis der einspaltigen Petition für Inserenten aus Stadt und Kreis Waldenburg 30 Pf., von auswärts 35 Pf., Vermietungen, Stellengebote 25 Pf., Reklametext 1 M.

## Einigung in der oberschlesischen Frage.

### Noch keine Entscheidung!

Berlin, 1. Oktober. (Sig. Draht.) Die Verhandlungen wegen des Eintritts der Demokraten in die Regierung haben zu einem Abschluß noch nicht geführt werden können. Wie der "Volksanzeiger" schreibt, macht zunächst das Betriebsrätegesetz den Unterhändlern der drei Parteien Kopfschrecken. Ein weiteres Hindernis für den Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung bildet die Frage Erzberger. Dann stellen die Demokraten noch Forderungen auf, die sich auf rein innere Angelegenheiten erstrecken. Gestern nachmittag wurde der Versuch gemacht, eine Grundlage für Vereinbarungen zu finden. Gestern abend tagten die Mehrheitssozialisten und das Zentrum und heute vormittag wird die demokratische Fraktion zusammentreten, um sich nochmals mit der Angelegenheit zu befassen. Eine Entscheidung wird kaum vor zwei oder drei Tagen erwartet.

### Die Ziele der Deutsch-Demokraten.

Berlin, 1. Oktober. Das Mitglied der Nationalversammlung, Redakteur Wilhelm Heile, schreibt über die Verhandlungen über eine Verbesserung der Regierungsbasis folgendes in der "Hilfe":

"Wollten wir paritätisch politische Gesichtspunkte gestalten, so hätten wir in den letzten Monaten unserer informellen Unterantwortlichkeit von den mancherlei Gelegenheiten zu agitatorisch wirkungsvoller Opposition Gebrauch gemacht. Die Tatsache unserer Zustimmung beweist zugleich, daß für die uns von anderer Seite unterstellte Furcht, auf die Dauer in zu großer Nähe und gar irgendwelche Gemeinschaft mit den Rechten zu geraten, bei uns jede Voraussetzung fehlt. Nach den Erfahrungen von früher hat es uns wahrhaftig ferngelegen, uns nach den Regelungenssätzen zu drängen. Und als die Frage an uns herantrat, haben wir uns zwar den Staatsnotwendigkeiten nicht verschlossen, aber doch auch durch gründliche Vereinbarung mit dem Reichskanzler und den beiden anderen Regierungsparteien uns jede mögliche Gewähr dafür zu verschaffen gesucht, daß ein geistiges Zusammenarbeiten gelingen kann. Wozu es uns am meisten dabei ankommt, das ist die Belohnung der Arbeitsfreudigkeit und die Sicherung von Freiheit und Recht durch enischlose Herstellung geordneter Verhältnisse. Mit dem Terror muß endlich restlos ausgeräumt werden. Und an Stelle des alten Posts- und Wirtschaftsleben lähmenden Kassenkampfgedankens muß in der Gesetzgebung wie in der Verwaltung der soziale Gedanke der Volksgemeinschaft zur Herrschaft kommen. Und noch eines muß wieder zur Geltung gelangen, namentlich auch in der Sprache, die zur Außenwelt gerichtet ist: das Gefühl für deutsche Würde. Das ist der Geist, in dem die Demokraten zum Eintritt in die Regierung bereit sind."

### Erzbergers Denkschrift über die Valutafrage.

Berlin, 30. September. Die der Nationalversammlung vom Reichsminister der Finanzen zugesetzte Denkschrift zur Valutafrage führt die Gründe für die Valutaentwertung seit der Revolution auf. In dieser Beziehung wurde erwähnt die große Einfuhr von Lebensmittel und Rohstoffen nach Abschluß des Wasserschlundvertrages, die schwierigen innerpolitischen Verhältnisse, die ständigen Unruhen, die Streiks und Lohnbewegungen, die Machlosigkeit der Regierung in den besetzten Gebieten, die zur Überdruckwirtschaft derselben führte, die Kapitalflucht wegen des Terrors und der bevorstehenden Steuerzugriffe, die notwendige Abdeckung der früher eingegangenen Kredite und der ständige Druck des ungeheuren kommenden Marktmaterials in West- und Nord-Europa. Die Denkschrift gibt schließlich einen Überblick über

### die geplanten neuen Maßnahmen zur hebung der Valuta

und führt dazu u. a. aus: Das erste große Mittel sind innere Ruhe und Ordnung, unermüdliche gezielte Arbeit und strengste Sparsamkeit auf allen Gebieten. Angestrebt wird eine bessere Regelung der Ein- und Ausfuhr, namentlich der ersten nach den Bedürfnissen Deutschlands, und die Wiederherstellung der Zollgrenze im Westen. Damit muß auch die Zollgesetzgebung wirksam gehalten werden. Die Preispolitik unseres Ausfuhrpabols muß den Bedürfnissen des Landes angepaßt werden, zumal der heutige Export zum Teil kein natürlicher, sondern in Folge der Werteshöhung der Auslandsvaluta ein Ausverkauf ist. Die Preispräzisionsstellen dürfen einen gesunden Export nicht verhindern. Die starre Kultivierung nur in Markt oder nur in fremder Valuta erscheint dem Interesse des Ausfuhrhandels abträglich. Unbedingt erforderlich ist, daß alle Finanzgeschäfte der Reichs- und der Landesbehörden im Verkehr mit dem Auslande ihre vollständige Zusammensetzung beim Reichsfinanzministerium erfahren, dessen Kontrolle sich auch die Gemeinden für ihr ausländische Finanzoperationen zu unterwerfen haben. Nutzen würde es versprechen, wenn die Leiter der Reichsbank und der deutschen Privatbanken regelmäßige Fühlung mit der Finanzwelt des neutralen Auslandes nehmen, wobei zu prüfen bliebe, ob angeblich des gemeinsamen Interesses aller Länder an einer größeren Stabilisierung aller Valuten der Boden für eine internationale Konferenz geboten werden könnte, die insbesondere die Frage einer großen internationalen Anleihe zugunsten der Länder mit entwerteter Valuta zu lösen hätte. Wichtig ist die Regelung der schwierenden und die Eröffnung neuer Valutakredite. Unsere Industrie schreit nach Rohstoffen, zu deren Bezahlung uns die Mittel fehlen. Es muß gelingen, sie auf Kredit oder gegen besondere Zahlungsersicherungen zu beschaffen. Dazu muß das geschwundene Vertrauen des Auslandes in unsere Arbeits- und Zahlungsfähigkeit zurückkehren, für die geringe innerpolitische Verhältnisse und anhaltende Arbeitssuchung geordnet. Erforderlich ist auch ein Ende der valutenschädigenden Kapital- und Steuer-

sich die Zentrumfraktion der Preußischen Landesversammlung auf folgenden Standpunkt und fordert ihre Gesinnungsgenossen auf, den selben Standpunkt einzunehmen:

1. Das Zentrum ist mit der provinzialen Autonomie zufrieden.

2. In dem Gesetz über die provinziale Autonomie verlangt das Zentrum keine Vorrechte gegenüber anderen Provinzen.

3. Eine etwaige Propaganda für staatliche Autonomie wird bis dahin eingestellt.

Reichsminister des Auswärtigen Müller gab noch seiner Freude über die erfolgte Einigung Ausdruck und über die Tatsache, daß der Streit über Oberschlesien nun ruhen würde.

Ministerpräsident Hirsch gab die Zusicherung, daß in dem zu bildenden Beirat auch ein Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei vertreten sein soll.

Zum Schluss wies der Ministerpräsident darauf hin, daß in der Behandlung der oberschlesischen Frage zwischen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung niemals sichtliche Unstimmigkeiten bestanden hätten. Der Ministerpräsident forderte noch einmal auf, nunmehr alles Trennende zurückzustellen,

und bat die Abgeordneten und die Vertreter der Presse, alle Kraft auf die eine hohe Aufgabe, die Erhaltung des Deutschtums, einzustellen.

### Unsere Ernährungslage.

Berlin, 30. September. Die Ernährungsgewangswirtschaft wird, wie der Staatskommissar für Volksernährung in Breslau, Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Peters, heute vor einer Versammlung von Pressevertretern mitteilte, unter allen Umständen, wenn auch nur vorläufig, aufrechterhalten, und hat die Abgeordneten und die Vertreter der Presse, alle Kraft auf die eine hohe Aufgabe, die Erhaltung des Deutschtums, einzustellen.

Unsere Ernte ist zweifellos gut, besser als im vergangenen Jahre, bei Brotgetreide, ausschließlich bei Gerste und auch beim Hafer. Wir haben Aussicht, nicht nur den Winter über, sondern das ganze Wirtschaftsjahr hindurch, auszuhilfem. Natürlich dürfen wir nicht an eine wesentliche Erhöhung der Brotpiration denken, dafür ist aber eine Herabsetzung der Ausmahlung schon ab 15. Oktober beschlossen. Bei den Kartoffeln bietet sich noch ein klarer Überblick, da die Ernte noch nicht abgeschlossen ist. Die Aussichten im Westen sind auch hier gut, nach Osten nehmen sie etwas ab. Immerhin werden wir auch mit den Kartoffeln mindestens über das Frühjahr hinaus reichen. Es ist möglich, daß dem vielseitigen Wunsche,

die Kartoffelration

sich während der schweren Wintermonate von sieben auf neun Pfund zu erhöhen, entsprochen werden kann. Möglich ist auch die Einführung des Bezugsherrerversfahrens, das heißt die Zulassung einer gewissen Selbstversorgung auf dem Erzeugergebiet, natürlich unter behördlicher Kontrolle. Das schwierigste Kapitel bleibt die Fleischversorgung. Die Zustände auf diesem Gebiete werden erschwert durch die Lederwirtschaft, die es zuwege gebracht hat, daß ein Landwirt für ein Kalb 700 M., der Fleischer für das Fell 800 M. bekommt. Eine neue Verordnung regelt auch hier die Dinge, sodass der Meherlös bei der Häuteaustellung unter Landwirtschaft, Staat und Kommune, die wiederum den Fleischer beteiligen wird, verteilt werden soll. Im Rückblick auf die Kohlennot sollen endlich in diesem Winter die Betriebe zur Margarine- und Oelherzeugung bei der Kohlenversorgung bevorzugt werden, sodass wenigstens dieses lebenswichtige Fett in erhöhtem Maße geliefert werden kann.

### Die Verhandlungen über Oberschlesien.

Bittia, Oberpräsident von Oberschlesien.

Berlin, 30. September. (WTB.) Im Abgeordnetenhaus sind heute nachmittag eine Besprechung der schlesischen Abgeordneten mit der preußischen Staatsregierung und der Reichsregierung statt. Gegenstand der Beratung bildete die oberschlesische Frage. Den Vorsitz führte Ministerpräsident Hirsch.

Minister des Innern, Heine, erklärte sich im Namen der preußischen Staatsregierung damit einverstanden, daß dem Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Oppeln, Geheimer Justizrat Bittia, sofort die Geschäfte des Oberpräsidenten

der zu bildenden Provinz Oberschlesien übertragen werden. Der neue Oberpräsident wird gleich nach der Annahme des Gesetzes über die Errichtung der Provinz Oberschlesien durch die preußische Landesversammlung die politischen Funktionen seines Amtes übernehmen, während die kommunale Verwaltung der neuen Provinz erst mit dem 1. April 1920 selbständig geführt werden könnte.

Dem Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien soll ein Beirat zur Seite gestellt werden.

Erklärung der Zentrumfraktion.

Nach längerer Aussprache gab Vizepräsident Dr. Porsch im Namen der Zentrumfraktion der Preußischen Landesversammlung folgende Erklärung ab:

Bis über das Schloß Oberschlesiens durch die Abstimmung endgültig entschieden wird, stellt

Eine wesentliche Voraussetzung der Zwangswirtschaft ist natürlich die Achtung vor der Staatsautorität. Die Durchlässerung des Kartensystems muss auch die Regierung freude des Landwirts beeinträchtigen. Es wird infolgedessen notwendig sein, die einmal für richtig anerkannte vorläufige Beibehaltung der Zwangswirtschaft mit allen Mitteln zur Anerkennung und Durchführung zu bringen.

## Deutsche Nationalversammlung.

86. Sitzung, 30. September.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3,15 Uhr und begrüßt das Haus mit folgenden Worten:

„Die Deutsche Nationalversammlung hat den Umzug von Weimar nach der Reichshauptstadt und nach dem Heim der deutschen Volksvertretung vollzogen. Möge dieser Umzug ein segensreicher sein. Seitdem wir in Weimar zusammengegangen sind, ist die Nationalversammlung von einem schweren Verlust betroffen worden. Der Abg. Raumann, der seit 1907 Mitglied des Reichstages war, ist verstorben. Unser heimgegangener Kollege war ebenso hervorragend als Mensch wie als Parlamentarier. Die Nationalversammlung hat in ihm ihren glänzendsten Redner verloren, zugleich einen immer liebenswerten und bescheidenen Freund. Mit seinen reichen Geschenken hat er der Menschheit gedient. Sie haben sich zu seinen Ehren von den Plätzen erhoben. Ich dankte Ihnen und stelle das hiermit fest.“

Auf der Tagesordnung stehen 25 kleine Anträge, die zum Teil schon im Juni eingebracht worden sind. Einige werden wohl verlesen, aber es meldet sich kein Regierungsvertreter, so dass die Anträge zurückgestellt werden müssen.

Abg. Petersen (Dem.) weist auf Behauptungen des Gemeinschaftsbundes hin, wonach die deutschen Reeder es verschuldet hätten, dass die deutschen Seeleute die an die Entente abzufahrenden Schiffe verlassen müssten. Er hältt um die Feststellung, dass das unrichtig ist.

Ministerialdirektor von Ponquidres bestätigt das. Es handelt sich um eine bestimmte Forderung der Entente.

Abg. Löbe-Dresden (Soz.) weist darauf hin, dass Vertreter des Volksbundes zum Schutz der deutschen Kriegsgefangenen in Bonn und Köln beim englischen Gouverneur in Köln erschienen, es sei ein Versaumnis der deutschen Regierung, wenn die Frage der Heimkehr der Gefangenen noch nicht endgültig gelöst sei. Reichskanzler Bauer habe auch erklärt, man habe auch kein Geld für Überläufer. Solchen Behauptungen sollte man entgegentreten.

Reichskommissar Stücklen stellt fest, dass tatsächlich die beiden Herren aus Bonn und Köln solche Neuverhandlungen getan haben. Der Reichskanzler hat niemals eine solche oder ähnliche Bemerkung gemacht. Er hat stets alles getan, um die Heimkehr zu fördern. Das unvorbildige Verhalten der beiden Herren würde damit vor aller Öffentlichkeit festgestellt werden. Die Regierung tätigt alles, um zu verhindern, dass die Kriegsgefangenenfrage zu politischen Zwecken missbraucht wird. Mit Genugtuung stellt sie fest, dass der Heimtransport sich bisher durchaus glatt abgewickelt hat und dass die Kriegsgefangenen dankbar und erfreut anerkannt haben, dass sie von der Heimat herzlich willkommen geheißen sind.

Abg. Besshoen (Dem.) verlangt beim Reichswirtschaftsministerium eine Auseinandersetzung zur Förderung des selbständigen gewerblichen und Kaufmännischen Mittelstandes.

Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums Schech erwidert, dass diese Aufgaben den Landesverwaltungen zufallen.

Abg. Dr. Spahn (Btr.) fordert ausreichende Urkunde für die der Reichswehr angehörenden Studenten zur Fortsetzung ihrer Ausbildung.

Ein Regierungsvertreter lehnt eine generelle Urlaubserteilung als unmöglich ab, sagt aber weiteste Erleichterungen zu.

Es folgt die Beratung des dritten Notebooks in diesem Jahre. Er dehnt die Ermächtigung zur vorläufigen Regelung des Haushalts auf den Monat Oktober aus, fordert 15 Milliarden für die Ausführung des Friedensvertrages und eine weitere Milliarde für einmalige außerordentliche Ausgaben der verschiedenen Reichsverwaltungen. Die Vorlage wird ohne Aussprache in allen drei Besetzungen angenommen.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzesentwurfs über die durch die inneren Unruhen verursachten Schäden.

Abg. Helmuth (Soz.): Für die zahlreichen Schäden, die durch die Revolution verursacht worden sind, soll die Gemeinde aufkommen. Grundlegend hierfür sind die Tumultgesetze aus den drei Jahren, die dem französischen Gesetz von 1793 nachgebildet sind. Die durch solche Tumulte entstandenen Schäden den Gemeinden anzuerlegen, ist eine Unbilligkeit. Eine Haftung der einzelnen Gemeinden muss ausgeschlossen sein, nur von der Gesamtheit aller Volksgenossen kann eine solche Haftung übernommen werden.

Ein Drittel nur zahlen zu müssen, ist zwar besser als alles, und das ist ein kleiner Fortschritt. Man wird die Finanzlage geltend machen. Aber eine Sparsamkeit, die die Gemeinden zum Erliegen bringt, nützt dem Finanzminister nichts. Ich beantrage Vorberatung im Haushaltsausschuss.

Abg. Astor (Btr.): Unsere Fraktion ist mit dem Gedanken der Vereinigung zwischen Reich, Staat und Gemeinden einverstanden. Ob die Differenz richtig ist, muss geprüft werden. Der § 11, der spätere Geltendmachung von Rechtsansprüchen ausschließt, hat in Geschäftskreisen breite Erregung hervorgerufen. Der Ausschuss hat eine verantwortungsvolle Aufgabe. Wir beantragen einen besonderen Ausschuss von 28 Mitgliedern.

Abg. Bärwald (Dem.): Ein Haftpflichtvertrag für Gemeinden können wir in der heutigen Zeit nicht mehr anerkennen. Die Gemeinden können auch gar nicht bezahlen, sie sind finanziell zerstört. Wir legen auch die Beschränkung der Entschädigung auf die Fälle wirtschaftlicher Notlage ab. Die reichen Leute werden ja damit geradezu für vogelfrei erklärt. Wenn nicht allgemein Entschädigung gestellt wird, so besteht für Tumultanten geradezu ein Anreiz, reichen Leuten die Besitztümer zu rauben. (Befall im Btr.)

Unterstaatssekretär Lewald: Alle drei Regierungsparteien haben diese Regierungsvorlage ja sehr bekämpft. Ist das der Beginn des parlamentarischen Systems? (Heiterkeit.) Eine Haftpflicht der Gemeinden besteht nach wie vor, mögen sie sich durch Einwohnerweichen gegen Tumultanten schützen. Dass der Reich nichts bekommt, sieht nicht im Gesetz. Es wäre auch uns lieber, wenn wir alle Schäden verhüten könnten, aber dazu fehlt es an Mitteln.

Abg. Warmuth (drittes): Man wird die Haftung der Gemeinden nicht völlig ausschalten können. Im übrigen trifft die Regierung die Schuld an solchen Vorgängen.

Um 6,15 Uhr wird die Versammlung abgebrochen. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr, mit folgender Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung, ferner erste Beratung des Entwurfs betreffend Änderung der Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien, Interpellation Heinze über die Salute.

## Preußische Landesversammlung.

56. Sitzung, Dienstag den 30. September.

In der Preußischen Landesversammlung stand heute zunächst ein Dutzend kleiner Anträge auf der Tagesordnung. Auf eine Anfrage des Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.) erklärte die Regierung, dass über das Feuerbestattungsgesetz noch Erwägungen schwaben. Der Abg. Neumann (deutschnat.) erhielt auf seine Anfrage nach den deutschen Kriegsgefangenen in Siberien die Auskunft, dass die dort noch befindlichen 1000 Offiziere und 18 000 Mannschaften sich im Absatz nach der Heimat bestritten. Nach der Erledigung der Anfrage wandte sich das Haus dem Gesetzentwurf betreffend eine Provinz Oberhessen zu. Dazu beantwortete der Demokrat Dr. Klier Abfrage von der Tagesordnung, da aus Schlesien Befürchtungen gegen die heilige Taufung des Geschenkwurfs vorgebracht worden seien. Das Haus stimmt dem zu. Es folgte die Fortsetzung der Beratung des Haushaltplanes des Finanzministeriums. Dazu erhielt zunächst der Landwirtschaftsminister Braun das Wort. Er verteidigte seine Verordnung zum Schutz der Einbringung der Ernte gegen die Großgrundbesitzer. Die Erklärungen des Ministers wurden auf der Rechten mehrfach durch Lärm unterbrochen. Die Verordnung bleibt aufrecht erhalten, solange Gefahr für die Ernte besteht.

Finanzminister Dr. Süderum:

Das Steueraufkommen hat in diesem Jahre eine erfreuliche Vermehrung gezeigt. Dies hat aber nur nominelle Bedeutung. Wir müssen heute alles von uns wissen, was nur zweckmäßig und wünschbar ist und uns strom auf das absolut Notwendige beschränken. Die Eisenbahn hat wie ein grosser Kreislauf, wie eine offene Wunde am Staatkörper. Solange wir täglich 10, 12, 15 Millionen Fehlbetrag an der Eisenbahn haben, ist es ausgeschlossen, dass unsere Finanzwirtschaft wieder in Gang kommt. Die Reichsregierung hat sich verpflichtet, sowohl menschliche Kraft reicht, den Friedensvertrag zu erfüllen. Die Länder sind verpflichtet, sich diesem Willen anzuschliessen. Aber wenn uns das aufgezwingt wird, was französische Staatsmänner jetzt verlangen, ist für uns jede Hoffnung verloren. Dribbel bedarf man offenbar dieses Stimulants und verträgt in immer neuen Formen die Melodie, Deutschland müsse alles bezahlen. (Burke rechts: „Wir hätten nichts unterschreiben sollen“) Das steht nicht zur Diskussion. Wir haben es mit dem Friedensvertrag zu tun, und damit müssen wir uns absfinden. Auch der Baum der Entente wird nicht in den Himmel wachsen. Wir in Preußen geben morgen unsere eigene Steuerhöhe und Steuerverwaltung zugunsten des Reiches auf. Die Staatschulden sind resolut auf das Reich zu übernehmen, und zwar so, dass für Preußen keine Schädigungen dorauft entfallen. Es wäre ungünstig für Preußen, wenn es bei gebundenen Mittnahmen diese hohe Schuldenlast zu tragen hätte. Wir stehen unmittelbar am Ende eines großer organisatorischer Veränderungen in der Steuerverwaltung. Am 1. Oktober geht die Beratung und Verwaltung der direkten Reichsteuer und der preußischen direkten Staatssteuer von den preußischen Behörden auf eine Reichsfinanzbehörde über. Jetzt wird auch endlich die Lösung der Steuerhöhe von den Behörden der allgemeinen Landesversammlung, den Landräten und Provinzialregierungen durchgeführt werden. Nunmehr nimmt das Werk als Erbe einer großen Vergangenheit die Finanzverwaltung selbst in die Hände.

Abg. Brust (Btr.): Wir wünschen Vorlegung eines Gesetzes, welches eine Erhöhung des Ruhgehalts der 60 Jahre alten, aus dem preußischen Dienst schiedenden Beamten nach Maßgabe des kürzlich beschlossenen Reichsgesetzes herbeiführt. Zu dem Angriff gegen Erzbürgers ist zu bemerken, Erzbürgers Vorgänger im Reichsfinanzministerium haben den Reichsfinanzkarten in den Tod gefahren und ihn ruhig darin stehen lassen. (Sehr richtig! Beifall.) Was haben denn die beiden Reichsfinanzminister Schisser und Denzburg erreicht? Das Programm des Abg. Herdt zeigt eine zu schnelle Wendung konservativer Ansichten, als dass wir davon glauben könnten. (Beifall im Btr.)

Abg. v. Miquel-Hannover (Deutsche Volksp.): Wenn der Finanzminister die beiden rechtsstehenden Zeitungen so scharf angegriffen hat, so scheint er es

übersehen zu haben, dass wer in Steile schende Verbreitung nicht nur von der Oppositionspresse, sondern auch in einem großen Teil der Provinzspresse der verschiedensten Richtung, darunter auch der sozialdemokratischen, gebracht worden ist. Der Minister hätte also seine Angriffe gegen die gesamte Presse richten müssen. („Sehr wahr!“ rechts.) Die Folge der Reichsabgabenordnung ist die Mediatisierung der Bundesstaaten. Die Selbstverwaltung muss zunächst erhalten bleiben. Die Veranlagung und Erhebung der Steuern muss einheitlich im ganzen Reiche gestaltet werden.

Abg. v. Kries (dtsch.-nl.): Das Vaterland steht uns höher als die Monarchie. Die Durchführung des vom Abg. Herdt aufgestellten Ordnungprogramms ist erst möglich, wenn wir einen Grund der Neuwahlen zusammengefügten neuen Reichstag haben.

Das Haus vertritt sich. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. Erneuerungszulagen für Staatsbeamte, Kleine Vorlagen, Fortsetzung der Staatsberatung. Schluss 5 Uhr.

## Letzte Lokal-Nachrichten.

### Waldenburg Kreistag.

Der heute vormittag 10 Uhr im hiesigen Kreishause abgehaltene Kreistag wurde in Abwesenheit des beurlaubten Landrats v. Götz durch den Regierungsassessor Dr. Hoffmann eröffnet. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion gelangte zunächst eine Entschließung nachstehenden Inhalts zur Verlesung:

#### Erklärung.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Kreistages Waldenburg erklären hiermit, dass sie zu ihrem Bedauern nicht mehr in der Lage sind, mit dem Herrn Landrat von Götz gemeinsam zu arbeiten. Sie sprechen ihm hiermit in aller Form ihr Misstrauen aus.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Kreistages standen schon seit langem der Tätigkeit des Herrn Landrats von Götz misstrauisch gegenüber. Sie kritisieren sich ule des Eindrucks erwehren, als ob er die Maßnahmen der neuen Regierung durch passive Neutralität unwirksam zu machen drohte. Schon wiederholt haben die kurzen Berichtungen der organisierten Arbeiterschaft Herrn von Götz ein gutes Misstrauen ausgestellt, aus dem Gesicht heraus, dass der Herr Landrat die Regierungsschlüsse in jeder Beziehung durch sein lässiges Verhalten unwirksam mache. Ein schlüssiger Beweis konnte aber nicht erbracht werden, daher glaubten auch die sozialdemokratischen Mitglieder des Kreisausschusses diesen Misstrauensfundgebungen keine Folge geben zu können. Nachdem Herr Landrat von Götz aber auch durch sein Vorzeichen gegen das Kreisausschussmitglied Hoffmann-Weihstein das von den sozialdemokratischen Kreisausschussmitgliedern ihm entgegengebrachte Vertrauen schändlich getäuscht hat, war die sozialdemokratische Vertretung des Kreistages geneigt, die Angelegenheit selber in die Hand zu nehmen und ihrerseits die entsprechenden Schritte zu ziehen.

Die Reaktion erklärt hiermit, dass sie die Art des Vorgehens des Herrn Landrat von Götz im Falle des Kreisausschussmitgliedes Hoffmann, das hinter dem Rücken der sozialdemokratischen Kreisausschussmitglieder erfolgt ist, für ungeeignet hält, um ein ferneres geheilches Zusammenarbeiten zwischen dem Landrat und der Mehrheit des Kreistages zu gestalten. Sie erklärt, dass die Art dieses Vorgehens in ihren Augen ein grober Vertrauensbruch ist gegenüber ihren Vertretern im Kreisausschuss, ein um so gröserer Vertrauensbruch, als die bürgerlichen Mitglieder vom Landrat unterrichtet worden sind, dass er die Abschaffung des Kreisausschussmitgliedes Hoffmann in die Wege leiten wolle.

Die sozialdemokratische Fraktion erklärt hiermit auf das entschiedenste, dass ihr Mitglied Hoffmann nach wie vor ihr volles Vertrauen geniebt, und dass sie sich mit ihm in jeder Art solidarisch verbunden fühlt. Sie wird jeden Versuch Hoffmann wegen der ihm von der bürgerlichen Klassenjustiz zuverlauteten Bußhaftstrafe, wegen angeblichem Meineid, zu infamieren, mit jedem parlamentarisch zulässigen Mittel bekämpfen. Wie erbliden in unserem Fraktionsmitglied Hoffmann das unschuldige Opfer einer voreingenommenen bürgerlichen Justiz, die sich in den Dienst eines politischen Intriganen und neidischen Konkurrenten stelle. Diese Tatsache sieht für uns unerschütterlich fest. Die verdienstliche Art, in der der Prozeß Hoffmann-Weihelt geführt wurde, ist uns Beweis dafür, dass in den betroffenen Angeklagten Hoffmann und Weihelt die Sozialdemokratie geijtzt werden sollte. Wir sind alle ausnahmslos von der Unschuld der beiden „Büchhäusler“ überzeugt und werden nicht dulden, dass ihnen aus ihrer einzigsten Verurteilung noch nach der Revolutions ein Strick gedreht wird.

Aus all den angeführten Gründen erklären sich die sozialdemokratischen Mitglieder des Waldenburg Kreistages mit ihrem Fraktionsmitglied Hoffmann solidarisch und erwegen dem Landrat von Götz ihr tieflieses Misstrauen aus wegen der wenig männlichen und anständigen Art, mit der Herr von Götz das Vertrauen der sozialdemokratischen Kreistagsmitglieder verküsst hat. Sie erklären weiter, mit Herrn von Götz nicht länger gemeinsam arbeiten zu wollen, und verpflichten ihre Vertreter im Kreisausschuss und den verschiedenen Kreiskommissionen, ihre Tätigkeit einzustellen, wenn Herr von Götz wider den klar ausgesprochenen Willen der Kreistagsmehrheit weiter amtiert.

Die Regierung wird aufgefordert, für die Verwendung von Götz an anderer Stelle Sorge tragen zu wollen und der Fraktion Mitteilung zuzutragen zu lassen, wann sie die Wahl eines neuen Landrates zu veranlassen gedachten.

Die bürgerlichen Kreistagsabgeordneten beantragen darauf eine Aussetzung der Verhandlungen auf

# Waldenburger Zeitung

Nr. 230.

Donnerstag, den 2. Oktober 1919

Beiblatt

## 50 Jahre Postkarte.

(1. Oktober 1869.)

Das Zeitalter der Postkarte ist für uns eine so selbstverständliche Tatsache, daß wir garnicht weiter darüber nachdenken pflegen, woher sie kommt, wie alt sie ist und wem wir sie verdanken. Wer sich aber einigermaßen in die Kunst des Briefschreibens vertieft, dem wird es ohne weiteres klar werden, daß ihr Geburtszeit in jene Tage fallen muß, in denen die sogenannte „alte Zeit“ zu Ende ging, und ein neues Zeitalter heraustrug, das uns zwar durch seine raschen Fortschritte und Erfolge auf allen Gebieten im Erstaunen jetzt, dem aber eines fehlt, was der alten Zeit zu eigen war: die Gemütlichkeit. Man sehe sich die Briefe aus dem Beginne des vorigen Jahrhunderts an. Da schrieb man sich möglichst ausführlich. Je länger der Brief war, desto besser. Er war ja auch nicht zum Lesen, sondern zum Vorlesen bestimmt. Daraum wurden auch alle möglichen Geißelkästen ausführlicher Weise geschildert, die im Herzen des Schreibers oder der Schreiberin oft gar nicht vorhanden waren. Es kam ja nicht darauf an, daß der Brief wahr sei, sondern daß er schön sei, daß er einen guten Eindruck mache, und daß alle die Freunde, Freunden und Bekannte, denen er der Reihe am vorgelesen wurde, von den Talente und Fähigkeiten des Schreibenden einen möglichst hohen Begehr bearmen. Das war der Brief aus der Zeit der Romantiker und ihres Auslanges. Das, was man sich damals zu schreiben hatte, ging auf keine Postkarte.

Ein neues Zeitalter begann, gekennzeichnet durch Dampfmaschine und Eisenbahn. Die letztere trat ihren Weg durch die Welt an, der Verkehr entwickelte sich, die Zeit gewann an Wert, die Interessen wurden vielseitiger. Man nahm sich nicht mehr die Muße, ganze Tage mit Briefschreiben auszuhängen und die langwierigen Ausschreibungen anzuhören, die eine frühere Generation so gefühlvoll empfunden, über die sie sich nicht selten herzlich ausgeweint hatte. Die Briefe wurden kürzer und — was die Hauptfrage war — auch sachlicher. Zuletzt wurden sie so kurz, so sachlich und so geschäftsmäßig trocken, daß es sich oft gar nicht mehr lohnte, einen ganzen Bogen von dem doch immerhin verhältnismäßig kostbaren Briefpapier zu nehmen. Und dieses alte Briefpapier machte kostbar sein, denn sonst blieb man ja mit der Feder hängen, wenn man die damals üblichen Schnörkel und zierlichen Anfangshochstäben hinsetzen und auch die übrige Schrift malen wollte, denn auch diese wurde mehr gestellt als geschrieben, sollte der Brief den erwünschten Eindruck machen. Die Stahlseide hatte sich eingeführt — gleichfalls ein Symbol der neuen Zeit. Auch sie forderte geradezu heraus, sich etwas mehr zu tun. Da gab es keine langen Pausen mehr, die, mit dem Schneiden der Federn verbunden, mit gleichzeitigem Nachdenken ausgeschöpft wurden, was man dann eigentlich noch alles schreiben könnte.

Damit war dann auch die Zeit für die Postkarte gekommen. Ihr Erfinder war kein geringerer, als der spätere Generalpostmeister des Deutschen Reichs Stephan. Freilich war von der Erfindung bis zur wirklichen Geburt der Postkarte noch ein weiterer Schritt. Die Idee, daß man die ganze Schreiberei doch sehr vereinfachen und verbilligen könne, fand

Stephan bereits um die Mitte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Am 30. November 1865 fand in Karlsruhe die fünfte deutsche Postkonferenz statt. Auf ihr ließ Stephan eine kleine Druckschrift verteilen, in der er seine Ideen niederlegte, und in der er ausführte, wie praktisch es doch wäre, wenn man eine offene Karte schaffe, die für Mitteilungen geeignet sei, deren Natur eine Geheimhaltung nicht bedinge. Für diese Karte schlug er den Namen „Postkarte“ vor. Das Porto sollte einen Silbergroschen, also etwa 12½ Pfennige, betragen. Wie alle Neuerungen, so fiel auch diese zunächst auf Widerstand. Man glaubte, daß sich das Publikum niemals daran gewöhnen würde, derartige Postblätter zu benutzen. Man kannte ja auch die damals herrschenden Ansichten, die für die Briefe gewisse Formen, gewisse Arten der Anrede usw. usw. vorschrieben, durch die man dem Adressaten seine Achtung, seinen „Respekt“, wie man es nannte, zum Ausdruck bringen wollte. Und nun sollte man ihm plötzlich ein offenes Blatt ins Haus senden, das jedermann lesen konnte! Aber der Gedanke war einmal da, und wie bei so vielen Erfindungen, so ging es auch hier. Siegt eine Erfindung erst einmal gewissermaßen in der Lust, so kommen — die gerade auf dem Gebiete der Erfindungen hinreichend bekannte Gleichzeitigkeit der Ereignisse — oft mehrere gleichzeitig auf dieselbe Idee. So war es auch hier: An der Militär-Akademie zu Wien-Neustadt wirkte der Professor Emanuel Herrmann. Er wußte nichts von dem Vorschlag, den Stephan 1865 in Karlsruhe gemacht hatte, aber auch er fand, daß die Möglichkeit des Briefschreibens einer Vereinfachung bedürfe, und so trat er im Jahre 1869 mit genau dem gleichen Gedanken wie dieser an die Öffentlichkeit. Er schlug vor, einfache Blätter gegen billiges Porto zur Postbeförderung zugulassen. Diese Blätter sollten dann „Postkarten“ genannt werden. Dadurch, daß Herrmann seine Idee in einer großen Wiener Zeitung ausführlich dargelegt hatte, ließ sich auch gleich erkennen, wie sich das Publikum dazu stellen würde. Dieses nahm sie freudig auf, und so wurde die Postkarte eingeführt zunächst in Österreich, wo man sie allerdings noch nicht als Postkarte, sondern als „Correspondenz-Karte“ bezeichnete. Vor nunmehr fünfzig Jahren, am 1. Oktober 1869, wurde die Correspondenz-Karte zum Verkehr im Österreich-Ungarn zugelassen. Das Porto wurde auf zwei Kreuzer festgesetzt. Der Erfolg war ein geradezu unerwarteter, in einem Vierteljahr wurden nicht weniger als zwei Millionen solcher Karten befördert. Damit hatte die Postkarte gesiegt, und bald darauf führten sie auch die übrigen Staaten rasch hintereinander ein. Deutschland folgte etwa ein halbes Jahr später im Mai 1870. Wer könnte sich die Welt heute noch ohne Postkarte vorstellen?

## Aus Stadt und Kreis.

Waldenburg, 1. Oktober 1919.

### Tagung der schlesischen Kleinrentner und Privatiers.

Von der Vereinigung der schlesischen Kleinrentner und Privatiers werden wir um Aufnahme folgenden Berichts gebeten: Dieser Tage fanden sich in Görlitz

die schlesischen Kleinrentner zusammen, um sich von ihrem Delegierten zum Bundesstage in Rudolstadt, Gütsche, Bericht erstatzen zu lassen und durch eine Aussprache ihren Zusammenschluß zu fördern. Die Versammlung war von etwa 300 Personen besucht. In der Begrüßungsansprache führte der provisorische Vorsitzende Gütsche aus, daß die Not der Kleinrentner zu einem immer noch starkeren Zusammenschluß drängt. Es gilt, um die Sicherheit und Existenz eines ganzen Standes, der sich durch Steuergesetz und andere Maßnahmen der Regierung bedroht sieht, zu kämpfen. Politische und konfessionelle Fragen sollen innerhalb des Bundes keine bleibende Stütze haben, vielmehr sollen nur wirtschaftliche Fragen behandelt und dadurch eine Besserung der Notlage erzielt werden. Die Not der Kleinrentner und Privatiers ist groß. Ihre Einkünfte reichen oftmals nicht zur Deckung des Lebensunterhaltes aus. In der kurzen Zeit des Bestehens des Bundes ist bereits viel erreicht worden. Der Reichspräsident Ebert hat den Delegierten, die ihn während der Bundestagung in Rudolstadt in seiner Sommerfrische aufsuchten, die Verlängerung ihrer Wünsche bei der kommenden Steuergesetzgebung zugestrichen. Der Redner erklärt, daß in Rudolstadt erwogen worden ist, die Bundesleitung nach Görlitz zu verlegen. Der Redner lehnt dieses Anträge vorerst aus Höflichkeitgründen ab. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß später dieser Frage nähergetreten werden muß, will die günstigere Lage von Görlitz zu dem Regierungssitz Berlin dazu zwinge. Die Versammlung beschloß, den bisherigen Vorsitz weiter bestehen zu lassen und noch zwei Damen und zwei Herren hinzuzuwählen. Aus den weiteren Verhandlungen ging hervor, daß beabsichtigt wird, die Ortsgruppe Görlitz dahin auszubauen, daß ihr auch die Kleinrentner und Privatiers, die in den umliegenden Städten und Dörfern wohnen, angeschlossen werden. Zum Schluss wird folgende Entschließung angenommen:

„Wir zirka 300 Kleinrentner und Privatiers, die heute zusammengekommen sind und uns demnächst in den Bund der Kleinrentner und Privatiers aufzulösen und an der Centralstelle Görlitz-Berlin aufzunehmen gedenken, fordern unter voller Anerkennung der Notlage des Reiches und der dadurch bedingten Mehrbelastung aller Volkskreise von der Reichsregierung und dem Reichstage den Schutz der Veteranen des deutschen arbeitenden Volkes, nachdem die Steuerentwürfe der Reichsregierung erlassen lassen, daß deren rücksichtlose Durchführung ihren Ruin zur Folge haben würde: und zwar insbesondere a) daß bei dem Reichsnotfonds Vermögen bis zu 100 000 M. von einer Abgabe vollständig befreit bleiben, wenn nachgewiesen werden kann, daß Alter, Krankheit und Gebrechlichkeit einen den jetzigen Steuerungsverhältnissen entsprechenden Nebenberuf nicht zulassen, insbesondere sowohl Männer das 55., Frauen das 45. Lebensjahr erreicht haben, bzw. bei früherem Alter nachzuweisende Erwerbsunfähigkeit vorliegt; b) bei der Kapitalertragsteuer, daß dieselben Gesichtspunkte in Bezug auf die Kleinrentner Berücksichtigung finden; c) sie von der Ergänzungsteuer bis zu einem Vermögen von 50 000 M. ganz befreit bleiben; d) bei einem Vermögen über 100 000 M. eine entsprechende Staffelung stattfindet.“

Krämerlichkeit und Alter begründete Abschiedsgesuch, wörtlich dahin: „Ich bin viel älter als Sie und reite sogar noch“, worauf Bismarck erwiderte: „Ja, Majorat, der Reiter hält es immer länger aus als das Pferd.“

Bismarck war auch ein entschiedener Freund der Radfahrer und — der Radfahrerinnen. Wäre ich nicht schon zu alt, ich würde es gern selbst noch erlernen“, soll der Fürst einmal gesagt haben. Seiner Sympathie für diesen Sport gab er namentlich einer Dame aus Hamburg gegenüber Ausdruck, die, obwohl in gesetzten Jahren, auf dem Rad einen Ausflug nach dem Sachsenwald gemacht hatte und darüber ganz unerwartet dem sie wohl kennenden Fürsten begegnet war. Abgestiegen von ihrem Stahlross, befaßt der Fürst sich die sportmäßig geleidete Dame von oben bis unten lächelnd und fragte heiter: „Was nun aber, wenn Sie runterfallen, haben Sie denn auch Pumphosen an?“ — Jawohl, Durchbruch, alles will!“ antwortete die Radlerin. — Na, dann redeln Sie mir mal noch was vor!“ ermunterte der Fürst sie lachend. Und heidi! war die Hamburgerin wieder auf ihrem Rad, winkte dem Fürsten ein verbindliches Lebewohl zu und verschwand in den Parkwegen. Wenige Tage darauf erschien die selbe Dame in feierlicher großer Besuchstoilette in Friedericksruh, um der fürstlichen Familie ihre Aufwartung zu machen. Aufs freundlichste vom Fürsten empfangen, kam dieser gesprächsweise auf das Radfahren zu sprechen und wußte der diesmaligen Toilette der Dame eine außellende große Aufmerksamkeit. Als endlich die Hamburgerin sich zum Gehen anschickte, verabschiedete sich Fürst Bismarck vor ihr mit den Worten: „Das nächste Mal kommen Sie man in die Pumphosen wieder!“

Diese wenigen Beispiele zeigen, daß Fürst Bismarck neben all den anderen herrlichen Geistesgaben, die ihn auszeichneten, auch mit einem leichten Humor und nie versagender Schlagfertigkeit ausgestattet war.

Sehr hübsch ist auch das folgende Witzwort Bismarcks. Es wird erzählt, daß König Wilhelm den Fürsten Bismarck beim Beginn des französischen Krieges gefragt habe: „Was machen wir nun mit Frankreich?“ — „Wir spielen mit ihm Sechs und sechzig“, soll dessen laconische Antwort gewesen sein. — Fürst Bismarck reiste 1871 zu den Verhandlungen über den definitiven Frieden nach Frankfurt a. M. in Zwölleiden. Als er in dem von früher her ihm schon bekannten Gasthof abstieg, erlaubte sich der Oberstallmeister die Bemerkung, daß er Se. Durchlaucht beinahe nicht wieder erkannt habe. „Na, mein Lieber“, entgegnete der große Staatsmann, „den Herren Franzosen ist es ähnlich ergangen wie Ihnen, die haben uns auch erst erkannt, als wir die Uniform anhatten!“

Bei seiner Rückkehr vom Kriegsschauplatz im Jahre 1866 ward König Wilhelm auch in Görlitz ein feierlicher Empfang bereitet. Junge Damen überreichten ihm und ebenso auch den Prinzen Vorberkränze. Auch Bismarck sollte einen solchen Krantz haben. Der aber meinte zu der schönen Spenderin: „Nein, mein gnädiges Fräulein, ich verdiene diese Ehre nicht. Ich bin nicht Kämpfert gewesen und habe an den Siegen keinen Anteil!“ Am ersten Augenblick wurde das junge Mädchen durch diesen unerwarteten Einwand völlig aus dem Tritt gebracht. Sie wußte sich jedoch zu helfen. „Aber Ew. Exzellenz haben doch den Krieg angefangen“, versetzte sie, und lachend nahm nun Bismarck den Krantz. Als Bismarck vor der Rückkehr aus Frankreich in Berlin am 11. März 1871 um 6 Uhr früh auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin eintraf und vom Waggonfunker aus seine Gemahlin und Tochter auf dem Bahnsteig, ihn erwartend, stiehen sah, sprang er freudig bewegt aus dem Wagen, breitete ihnen seine Arme entgegen und begrüßte sie fröhlich mit den Worten: „Da habt Ihr Euren kleinen wieder!“ — Als Fürst Bismarck nach der Ablehnung seines Abschiedsgesuches, die von Seiten Kaiser Wilhelms I. mit dem bekannten Worte: „Niemals!“ erfolgte, wieder aufdringlich bei dem Kaiser hatte, darüber sieb dieser verärgert durch das durch

**Bismarcks Humor.**  
Fürst Bismarck ist immer ein Freund eines gefunden, unwürdigen Humors gewesen, und sein Lebensmotto: „Da lach ich über“, hat er sich auch unter den Schmerzen seines alten Leidens und den Beschwerlichkeiten, die ein hohes Alter mit sich bringt, zu seinem Tode bewahrt. Selbst im Bundesrat, dieser Vertretung der deutschen Fürsten, hat er häufig wichtige Bemerkungen gemacht, so daß die hohe Versammlung in lautlos Lachen ausbrach. Eine reiche Sammlung von humoristischen Aussprüchen Bismarcks und weiteren kleinen Bismarck-Grimmern findet sich in der 4. Auflage von Robert Lohs in Stuttgart bereits in der 4. Auflage erschienenen Sammlung von „Bismarck-Snelloides“ (Preis 2,50 M., geb. 3,50 M.), aus der wir die folgenden hübschen Scherze zum Absdruck bringen.

Fürst Bismarck arbeitete als junger Mann auch beim Stadtgericht in Berlin. Eines Tages nun hatte er einen richtigen Berliner zu vernehmen, der durch Überstreitheit die Godult Bismarcks so erschöpft, daß dieser plötzlich auffrührte und jenem zutiefst: „Herr, menigieren Sie sich, oder ich werfe Sie aus!“ Der anwesende Gerichtsrat, als Chef Bismarcks, klöpfte diesem, seinem erbosten Auskultator, freudlich auf die Schulter und sagte beruhigend, doch wohl im verweisenden Sinne: „Herr Auskultator, das Hinauswerfen ist meine Sache!“ Daraufhin wurde die Vernehmung fortgesetzt, es dauerte aber nicht lange, so geriet Bismarck über die Dreifigkeit seines Justizpaten abermals in Höhe, erhob sich erregt vom Stuhl und donnerte jenem mit den Worten an: „Herr, menigieren Sie sich endlich, oder ich lasse Sie durch den Herrn Stadtgerichtsrat hinauswerfen!“ Bismarck befand sich Bismarck mit einem hohen Bogen, allein im Büro. Dieser ging an eins der Fenster und trommelte gemüthlich an den Scheiben in der Mosche, merken zu lassen, als habe er Bismarcks Unwissenheit vergessen. Daß er auch wieder an ein Fenster und trommelte den Düssauer Marsch. Das

Wer sich für die Bestrebungen der Vereinigung interessiert, wolle zwangsweise schriftlicher Vermittlung des Anschlusses oder Gründung einer Ortsgruppe seine Adresse an den Vorstehenden, Herrn Carl Gieseke, Görlitz, Viktoriastraße 11, einsenden.

### Der neue Posttarif.

Vom 1. Oktober ab führt die Post eine große Anzahl von Neuerungen ein. Alle Postsendungen, mit Ausnahme der gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefe und Postkarten, müssen von jetzt ab freigemacht werden. Für die Bestellung von gewöhnlichen, von Wert- und Einschreibpaketen und Werbeposten, sowie für das Abrechnen der Postanweisungen nebst den Geldbeiträgen wird kein Besitzgeld mehr erhoben. Auf den Paketen ist der Name und Wohnort des Absenders anzugeben. In die Pakete müssen jedesmal zwei gleichlautende Aufschriften hineingelegt werden. Jedes Paket muss eine besondere Paketkarte beigeben werden.

#### Die neuen Gebühren.

Neben diesen neuen Sonderbestimmungen werden vom 1. Oktober ab im inneren Verkehr des Reichspostgebietes sowie im Verkehr mit Bayern und Württemberg folgende neu: Gebührensätze für Postsachen eingeführt:

Fernbriefe: bis 20 g . . . . .	20 Pf.
über 20–250 g . . . . .	30 Pf.
Ortsbriefe: bis 20 g . . . . .	15 Pf.
über 20–250 g . . . . .	20 Pf.
Paketpostkarten: . . . . .	15 Pf.
Ortspostkarten: . . . . .	10 Pf.
Wohrpostkarten: . . . . .	60 Pf.
Wohrpostkarten: . . . . .	50 Pf.
Gilbriebe: nach dem Ortsbestellbezirk . . . . .	50 Pf.
nach dem Landbestellbezirk . . . . .	1 Mt.
Drauschen: bis 50 g . . . . .	5 Pf.
über 50–100 g . . . . .	10 Pf.
über 100–250 g . . . . .	20 Pf.
über 250–500 g . . . . .	30 Pf.
über 500 g bis 1 kg . . . . .	40 Pf.
Geschäftspapiere: bis 250 g . . . . .	20 Pf.
über 250–500 g . . . . .	20 Pf.
Warenproben: bis 250 g . . . . .	20 Pf.
über 250–500 g . . . . .	20 Pf.
Postantragsbriefe: . . . . .	75 Pf.
Briefe mit Wertangabe im Fernverkehr: bis 20 g . . . . .	50 Pf.
über 20–250 g . . . . .	60 Pf.
im Ortsverkehr: bis 20 g . . . . .	45 Pf.
über 20–250 g . . . . .	50 Pf.

Dazu stets eine Versicherungsgebühr von 40 Pf. für je 1000 Mark Wertangabe.

Postanweisungen: bis 5 Mt. . . . .	20 Pf.
über 5 bis 100 Mt. . . . .	40 Pf.
über 100 bis 250 Mt. . . . .	60 Pf.
über 250 bis 500 Mt. . . . .	80 Pf.
über 500 bis 1000 Mt. . . . .	1 Mt.

Pakete: Nahzone . . . . .	Fernzone . . . . .
bis 5 kg . . . . .	75 Pf.
über 5–10 kg 1,50 Mt. . . . .	1,25 Mt.
über 10–15 kg 2,– Mt. . . . .	2,50 Mt.
über 15–20 kg 4,– Mt. . . . .	5,– Mt.

Einschreibepakete eine Einschreibegebühr von 30 Pf. Pakete mit Wertangabe außer der Einschreibegebühr von 30 Pf. noch eine Versicherungsgebühr von 40 Pf. für je 1000 Mt. Wertangabe.

Eilpaket nach dem Ortsbestellbezirk Buschlag von 75 Pf. Eilpaket nach dem Landbestellbezirk Buschlag von 1,50 Mt.

Dringende Pakete: Buschlag 2 Mt. Telegramme: (mindestens 10 Worte)

Stadtverleih: für das Wort . . . . . 8 Pf.

dringend . . . . . 24 Pf.

Intländischer Verleih für das Wort . . . . . 10 Pf.

dringend . . . . . 20 Pf.

Postausweisarten, Postlagerkarten, Postcreditbriefe

und Zeitungsüberweisungen nach auswärts: 1 Mt.

Ausschneiden!

### Der Eisenbahnerverkehr ab 1. Oktober.

Die Eisenbahndirektion Breslau teilt mit: Wie bereits bekannt gemacht, treten am 1. Oktober d. J. um 50 vom Hundert erhöhte Fahrtypreise,

Gepäck- und Expressgutfrachten in Kraft. Auch die Monatskarten, Schülerkarten, Arbeiterkarten, Schnellzugszugskarten, Schnellzugsmindespreiskarten und Hundekarten werden von dieser Erhöhung betroffen.

Der Militärverkehr wird zurzeit nicht geändert. Bahnhofskarten werden um Hundert vom Hundert erhöht. Bis nach erfolgter Wänderung der Bahnhofskarten sind stets zwei Karten gleichzeitig zu lösen. Das trifft auch für die Durchgangskarten in Breslau Hauptbahnhof und Görlitz zu. Der Preis der Fahrradkarten wird von 50 auf 80 Pf., der kostbare Buschlag für jede Person bei Bezugnahme von Güterzügen von 4 Mt. auf 6 Mt., das Lagergeld für Reisegepäck von 80 auf 50 Pf., die Mindestgebühr für Expressgutfrachten für Gil- und Personenzüge von 1 Mt. auf 1,50 Mt., für Schnellzüge von 2 Mt. auf 3 Mt., der Kilometrische Einheitszoll von 0,8 Pf. auf 1,2 Pf. für je 10 Kilogramm erhöht. Die Ausbewährungsgebühr für Handgepäck beträgt vom 1. Oktober d. J. ab für jedes Stück für die beiden ersten Züge zusammen 30 Pf., für jeden folgenden Tag weitere 30 Pf., für Kraftfahrer je 1,50 Mt. Für eine oder mehrere auf einen Beförderungsschein ausgegebene und in einem Wagen verladene Leichen wird an Fracht für das Tarif-Kilometermeter fünfzig erhoben in Personenzügen 1,20 Mt., in Gil- und Schnellzügen 1,80 Mt., in beiden Fällen unter Buschlag einer Abfertigungsgebühr von 18 Mt. für den Wagen.

\* Stadtältester Alberti †. Im Alter von 81 Jahren ist hier einer unserer geachteten und angesehenen Bürgers, der Stadtälteste Heinrich Wilhelm Alberti, gestorben. Mit ihm sind eine handlungsreiche und interessante Epoche unserer Stadtgeschichte ins Grab, die die Entwicklung des kleinen Kreisstädtchens Waldenburg zu dem heutigen modernen Groß-Waldenburg so recht eindrücklich vor Augen führt. Der Dahingeschiedene erblickte am 14. Oktober 1838 in Waldenburg als Sohn des Handelskammer-Präsidenten Wilhelm Alberti und seiner Gattin Auguste, geb. Zoepfner, das Licht der Welt. Er besuchte das Gymnasium in Schweidnitz und bereitete sich dann darauf vor, in das alte Geschäft der Familie einzutreten, das sein Großvater durch Errichtung der ersten mechanischen Spinnerei auf dem Kontinent begründet hat. Sein Beruf führte ihn später lange Jahre nach Russland. Nach Verlauf der Spinnerei 1881 widmete er sich mit großer Hingabe den städtischen Angelegenheiten, verwaltete das Schul-Dezernat und war Mitglied des evangelischen Kirchenvorstandes. Als er seine Amtszeit 1904 niederlegte, wurde ihm das Prädikat Stadtältester verliehen. In Gemeinschaft mit seinen Brüdern machte er eine Stiftung für alte Arbeiter der Albertischen Fabrik, deren Verwaltung er kurz vor seinem Tode der Stadt übertrug. Alle, die Gelegenheit hatten, mit dem Dahingeschiedenen im Leben häufiger in Verbindung zu kommen, werden mit aufrichtiger Teilnahme jetzt die Nachricht von seinem Ableben vernnehmen, gehörte er doch zu jenen seltenen Persönlichkeiten, die durch Vornehmheit der Gesinnung, Charakter und opferwillige Hilfsbereitschaft im wahrsten Sinne des Wortes Repräsentanten des Bürgertums darstellen. Alberti hatte wohl kaum einen Feind, aber weit über unseren Kreis hinaus viele Anhänger und Freunde, die diesen Mann nicht vergessen werden, der in unermüdlicher Weise stets zum Besten unserer Stadt erfolgreich gewirkt hat.

\* Die Dienstzeit in den städtischen Amtsräumen ist vom 1. Oktober ab wieder von 8 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr. Nachmittags sind die städtischen Büros für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen, weil auch die städtische Verwaltung Zeit haben muss, ihre Arbeit zu erledigen.

\* Errichtung eines städtischen Presseamtes Waldenburg. Wie uns seitens des Magistrats mitgeteilt wird, hat die hiesige Stadtverwaltung die Errichtung eines städtischen Presseamtes, mit dessen Beitung Stadtrat Dürreiter beauftragt worden ist, beschlossen. Der Leiter des neuen Amtes ist bekanntlich aus der Presse hervorgegangen, sodass von dessen Wirksamkeit erwartet werden darf, dass diese behördliche Stelle der Presse volles Verständnis entgegenbringen wird.

\* Eine erfreuliche Nachricht. Wie dem hiesigen Landratsamt von der Provinzial-Budewirtschaftsstelle in Breslau mitgeteilt worden ist, wird das bisher nicht

zur Ausgabe gelangte halbe Pfund Butter für diesen Monat im Laufe des Octobers nachgeliefert werden.

\* Stadt-Theater. Man schreibt uns: Nach umfangreichen Proben wird das Opernwerk "Ein Volkseind" am Donnerstag zur Aufführung gelangen. Der Operettenschlager "Die tolle Komödie" wird am Freitag zum vierten Male wiederholt. Als erste Kindervorstellung geht am Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, das Märchen "Kumpelzöpfchen", mit Trude Kretschmer in der Titelrolle, in Szene. "Schwarzwaldbüdel" wird am Sonntag nachmittags 3 Uhr zum dritten Male aufgeführt.

lo. Gottsberg. Prüfung. An der Schule in Kohlau fand eine 2. Lehrerprüfung statt, welcher sich der in derselben amtierende Lehrer Ritter mit Erfolg unterzog. Die Prüfungskommission bestand aus dem Geheimen Regierungsrat Mühlhan, Kreis- und Schulinspektor Dr. Siegler und Rektor Hoppe (Dittersbach).

z. Dittersbach. Falsche 50-Mark-Scheine sind wieder im Umlauf. Bei der hiesigen Postanstalt sind vorige Woche zwei Stück abgegeben worden. Verdächtig, sie in den Handel gebracht zu haben, sind vier Männer, die in den Geschäften Zigaretten zum Kauf anbieten und sich alsdann selbst in dem fraglichen Geschäft etwas kaufen und mit falschen Scheinen bezahlen. Den Scheinen fehlen die Wasserzeichen. Auch ist die Zahl 50 auf der Rückseite und der Kronz etwas verwaschen.

i. Niederhermsdorf. Die beiden hiesigen Frauenvereine, der St. Vinzenzverein und Mütterverein, hatten gestern ihre Mitglieder zu einem geselligen Nassfeierabend im Saale des Gasthofes "zur Friedenshöfchen" versammelt. Der Besuch war ein recht erfreulicher, galt es doch auch, dem Ortselternsorgers, Kuratus Peilert, am Vorabend seines Geburtstages Glück zu wünschen, und erfolgte dies durch die Vorsitzende, Frau Materialiensteiger Steiner unter Überreichung zweier anscheinlicher Geschenke. Kuratus Peilert dankte für die zum Ausdruck gebrachte treue Anhänglichkeit. Ein Theaterstück: "Wenzel Hammel", in 4 Akten, und Gesangsvorführungen füllten den wohlgelebten Abend aus.

Z. Salzbrunn. Verschiedenes. Einer Einladung des Amts- und Gemeindebaurichters Schmidt folgend, hatten sich am Sonnabend die hiesigen Landwirte im Gasthof "zum Adler" zu einer Landwirterversammlung eingefunden. Diese verhandelte über bessere Milchabsetzung von Seiten der Besitzer; auch wurde die Haseraubabgabe erörtert. — In der am Sonnabend im Gasthof "zum goldenen Becher" stattgefundenen Versammlung des Evangelischen Männer- und Junglingsvereins gab Pastor Zeller einen geschichtlichen Rückblick über Schlesien. Ursprünglich deutsches Land, wurde die Provinz durch die Volkerwanderung slawisch. Im 13. Jahrhundert ist die Provinz außer Oberösterreich durch die Habsburger Herzöge dem Deutschland wieder zurückgeführt worden.

#### Marktpreis.

Freiburg, 30. September. Geleglicher Höchstpreis. Pro 100 kg inkl. Druschp. w. Weizen 60,00 Mt., gelber Weizen 60,00 Mt., Roggen 55,00 Mt., Brau-Berte 55,00 Mt., Buttergerste 55,00 Mt., Hafer 40,00 Mt., Kartoffeln 16,00 Mt., Get. 20,— Mt., Weißstroh 9,— Mt., Kreuzstroh 8,00 Mt., Erbsen — Mt., Bohnen — Mt., Butter 1 kg Mt. 11,40, Eier 1 Schot 18,00 Mt.

### Bankhaus Eichborn & Co.

Gegründet 1728. Telephon Nr. 35. Filiale Waldenburg i. Schl., Freiberger Str. 23a. An- u. Verkauf, Aufbewahrung u. Verwaltung von festzinslichen Wertpapieren, Aktien und Kuxen. Annahme von Geldern zur günstigsten Verzinsung. Überweisungswego.

Vermögens- und Nachlaß-Verwaltung, Vermietung von Schrankställchen unter eigenem Verchluss der Mieter. — Beleihungen — Wechseldiskont. — Kontokorrent- und Schock-Verkehr.

#### Wettervoransage für den 2. Oktober:

Noch teilweise heiter, wärmer.





werde, ich dürfte die Kapiere vor Ihnen Augen vernehmen."

"Das glaube ich Ihnen gerne, teuerster Baron. Um liebsten würden Sie auch die Originale bestimmt. Gestatten Sie mir aber, daß ich Ihnen hier dieses Blättchen zeigen, auf dem deutlich zu lesen ist, daß der Baron nicht gewillt ist, seine Pflegerin Sita zur Erbin einzufesten. Die Väter gern sollten ihr Gut beehalten. Bitte sehr, entfernen Sie die Schrift des Untels?"

Sie erschrakten Augen glitten über die beiden Seiten hin, sie wußte, die bitternden Hände des Untels hatten die Worte geschrieben. Es war ihr, als befünfe alles blödig um sie her. Wer nur für einen Augenblick. Dann strich sie sich mit der Hand über die Stirn und lächelte.

"Als Gegenbeweis steht das leste Lefas-

ment." "Ja, das Testament", lachte Wolfgang. "Das Testament seinde ich an, es ist ungültig. Ihr sanfter Herr Bruder scheint sehr wenig von seinem Handwerk zu verstehen. Freilich, vor den Augen der Welt stimmt die Rechnung, er glaubte, es sei sein Sohn der da. Aber ich werde beweisen, daß das Testament ungültig ist. Sie und Ihr Bruder als Verwandte und als Unterstützte waren zugedacht, der zweite Zeuge hat von dem Gemütszustand des Sterbenden kaum etwas gehört. Wer sagt mit da, daß mein Vater auch tatsächlich Sita Welsing war? Erst einsehe? Sita Welsing ist auch nicht die Person, der man trauen kann. Ich bitte Sie, lesen Sie auch diesen Zettel einmal durch, den mein Vater schrieb. Über noch besser, ich will ihn selbst vorlesen."

Wolfgang schaute auf Sita lange, dann las er mit erhobener Stimme: "Ich armer Mann, ich stander Kreis, bin von Gott errufen und betriegen ungelieben. Alle lauern auf meinen Tod. Die Sita pflegt mich nur, weil sie dort mit etwas erreichlichen will. Der Mensch ist ein Haßkunst, der mich betrügt. Die Sita wird schon bei meinem Tod alles an sich nehmen, was sie nur bekommen kann und darum habe ich überall Aufstellungen gemacht, damit sie nichts entwinden kann. Sonst flieht sie wie ein Rabe." Die Worte berührten Sie Zuhörerin weniger. Sie hatte zu viele Jahre mit dem Untel gelebt und kannte, wie mißtrauisch er war. Trotzdem trieb ihr die Schem das Blatt in die Wangen. Sie fühlte den sotanischen Blatt ihres Reinigers. „Kun, verehrte Baron, ist das nicht ein nettes Urteil, daß man über Sie fällt? Ob das Gericht Ihnen nach solcher Leistung noch welches Ver- trennen entgegenbringt?"

Die Augen blitzen fest auf. „Zum Sie, was Sie wollen, Herr Baron, das Recht ist auf meiner Seite. Das Testament ist vorhanden, Sie haben keine Beweise in den Händen. Sie haben. Die Worte hängen auf Vermutungen auf. Freilich", hörte jetzt sie, „das große Gut Dar-

gen ist für Sie des Kampfes wert. Aber ich glaube nicht, Herr Baron, daß es Ihnen gelingt, mir mein Recht zu entreißen."

Er fasste sie am Handgelenk. „Nicht gar zu sicher vorgehen, stolze Baron", lächelte er ihr zu, „der Zufall spielt wunderbar. Sie waren niemals um meinen Vater, aber das ist Ihnen doch entgangen, daß es kurz vor seinem Tode niebergeschrich, daß er fest davon überzeugt sei, daß er vor Ihnen betrogen wird. Ich kann Ihnen auch den Zettel zeigen, wenn Sie es wünschen, auf dem deutlich zu lesen ist, daß Sita Welsing die Abfahrt hat, in Gemeinschaft mit ihrem Bruder das Testament zu fälschen."

"Das ist nicht wahr," hörte sie auf.

Ein Bild wurde jetzt höhrend, schöner sieben die Worte aus seinem Mund: "Mein Vater möcher werden, um den armen Sohn, dem er längst verzieh, das Erbe zu stehlen. Man wird mir die Feder in die Hand drücken, töte mich, den Erbenden, zu der Unterschrift zwingen, wird mir vielleicht den letzten Lobesloß versiegeln. Nun, Sita Welsing was haben Sie jetzt noch zu sagen?"

"Es ist nicht wahr, daß schrieb der Untel nicht!" Es ist nicht wahr, daß schrieb der Untel nicht!"

Wolfgang zuckte die Achseln. „Er hat wohl recht vermutet."

"Zeigen Sie mir das Blatt!"

"Rein, Sita. Dieses Blatt zeige ich Ihnen nicht. Das ist mir viel zu kostbar. Sie würden es mir aus der Hand reißen und vertrüben."

"Zeigen Sie mir das Blatt nicht", wiederholte Sita.

"Ich zeige Ihnen das Blatt nicht", wiederholte er eifern. "Ich zeige Ihnen auch die anderen Blätter nicht, die ich noch stand und die ebenso deutlich von einer Schulz sprechen."

Ein dumpfes Röckeln drang aus ihrem Munde. Minutenlang berührte ein drückendes Schweigen, dann begann Sita bitterlich zu schluchzen.

"So verbergen Sie mich, wenn Sie es wollen. Aber so leicht gebe ich den Kampf nicht auf. Ich bin ja gar nicht schuldig", lächelte sie plötzlich auf. "Das Testament wurde nicht geöffnet. Besuchen Sie mich zu überführen. Ich hindere Sie nicht daran!"

Der Baron traf sie bis ins Innerste. So sehr liebte er sie! Also war es doch nicht nur Bezeichnung. Er begehrte sie offen um ihre Willen. Die Hände spannten ihr langsam vom Gesicht. Mit großen, fragenden Augen blickte sie ihn an. Da saßte er auf ihre Finger.

"Darf ich Ihnen kommen, Sita?"

"Meinen Sie, ich könnte die Schande über-

haupt nicht ertragen?"

„Sie wollen, Herr Baron, das Recht ist auf

meiner Seite. Das Testament ist vorhanden,

Sie haben keine Beweise in den Händen. Sie haben. Die Worte hängen auf Vermutungen auf.

"Diese Zettel belegen nichts! Durchende von Menschen können beweisen, wie unmöglich sie sind. Sie würden niemals über seine Lippen bringen. Nein, Sie lieben mich nicht, sonst täten Sie mir das nicht an."

"Wie schlecht kennen Sie mich doch, Sita. Nein, im Ihnen fließt kein stolzes Herrenblut. Sie würden sonst berücksichtigen, daß man um sein Eigentum kämpft, bis zum letzten Stammes. Es ist mein Recht, daß ich mir errette, mein Recht, daß ich mir auch von dem liebsten Menschen auf der Welt nicht nehmen lasse. Ich bin es in meinen Vorhaben schuldig, daß ich in Ihnen Stammes der Familie erhalte, und gleich den Müttern, die einst um Ihre Eltern kämpften, werden ich auch jetzt mit blutendem Herzen gegen Sie kämpfen, Sita."

Sie lachte den Kopf. "So tun Sie, was Sie wollen. Leben Sie wohl!" Sie wollte aus dem Zimmer eilen, aber Wolfgang vertretet ihr den Weg.

"Mir fehlt noch Ihre Antwort, Sita. Wer-

ben Sie verhindern, dem Herrn von Derven die

Zuwort geben, wenn er um Ihre Liebe bittet?"

Sie sah ihn an. "In dem Tage, Baron

Wolfgang, an dem es Ihnen gelingen könnte,

mit Gewalt Paragen zu entziehen, an dem

Tag wird man hört brüllen aus dem Teiche

meine Rechte fisken. Verlassen Sie sich darauf,

aber noch ist das Recht auf meiner Seite. Sitz

blanke, Herr Baron, daß Sie in diesem Kampfe

unterliegen werden."

(Fortsetzung folgt)

## Der Mahnbrief.

Eine heitere Geschichte von Karl von Rothenfels.

(5. Fortsetzung)

zurück und verdeckt

"Kas!" rief er verblüfft und lachte grinsend. "Was für eine Gedächtnisaffair denn George sollte den Monat nicht seiner Postsonnenweisung den Verdienst darüber vor hatte, daß währenddessen und welche ihn hinderte.

"Schönadörferisch warst du's", lachte er. "Bezeichnung vom Kontakt." Er saß unbeschreiblich auf. Es war keine eigene Handschrift auf dem Blatt, sondern, und er arbeitete bisher ganz genau, daß es ihm um einen unbekannt gebliebenen Baronat seiner jungen, ihm viel zu kurviges und folglich wortlos schaffenden Frau gehandelt hätte. Der Mahnbrief war gekommen, als sie auf ein paar Tage zu Besuch bei ihrer Schwester gewesen war. Er hatte — ein Geschwisterin gewesen — die Prinzessin — die Prinzessin sofort gebrüllt, ihr aber gestattet, bei ihrer Rückkehr, eine seiner geprägten Stempelkarten abzugeben, gebraucht es zu verschiedenen dramatischen Szenen gekommen war. In diesen hatte Molto Wedepohl, der Schauspieler, als der alte Theatervater, die beleidigte Unihund geküßt, bis sie in makabrer Empfahrung auseinander liefen und entblößt in Weinen und schreiend zurückbrachten. Wedepohl war der lateinische Künstler des Schauspielers der Wedepohls einer schwulen Kriegsflamme verfallen war. Wedepohl stand auf Scham, aber der Wunsch war gewollt, den Scham-

eine halbe Stunde, um zu der Resolution Stellung zu nehmen. Bei Schluß der Redaktion dauerten die Verhandlungen noch fort.

## Wichtig für Grundstückskäufer.

Wie dem 1. Oktober d. Js. tritt das neue Grundstückssteuergesetz in Kraft, das alle Veränderungen der Eigentumsverhältnisse an Grundstücken und grundstücksähnlichen Rechten einer Abgabe von 4 v. H. zugunsten des Reichs unterwirft, und zwar ist die Erhebung der Steuer im allgemeinen geknüpft an die Eintragung der Veränderung im Grundbuch.

Durch dieses Gesetz werden alle bisherigen Abgaben, die von Eigentumsänderungen an Grundstücken usw. erhoben wurden, die Reichsstempel und Bandestempelabgaben, sowie die Umsatzsteuer, die von Gemeinde und Kreis in der Regel erhoben werden, außer Kraft gesetzt. Die bisherigen Abgaben ergaben in ihrer Gesamtheit eine Belastung des Grundstückswechsels mit ungefähr 3½ bis 3¾ v. H. Da, wie gesagt, die nunmehrige Abgabe 4 v. H. vom Oktober ab ein, diese Veränderung wird aber noch größer, wenn der Staat und die Gemeinden, wozu sie nach dem Gesetz ermächtigt sind, Zusatzzäge zu dieser Abgabe von 4 v. H. erheben. Solche Zusatzzäge können bis 2 v. H. normiert werden. Es ist daher allen Interessenten, die noch schwedende Grundstücksangelegenheiten zu erledigen haben, zu empfehlen, diese noch vor dem 1. Oktober so zu ordnen, daß die Eintragung ins Grundbuch noch vor diesem Zeitpunkt vorgenommen werden kann.

## Mishandlung arbeitswilliger Seeleute.

**Seemünde**, 1. Oktober. Hier wurden von Mitgliedern des Seemannsbundes Ausschreitungen gegen fahrbereite Schiffsbefehlungen verübt. Anmusternde Seeleute wurden blutig geschlagen. An mehreren Stellen wurden arbeitswillige Seeleute von 40 bis 50 Mann starken Trupps mishandelt. Teilweise sprangen die Unherzlebenden auf die Dampfer und versuchten durch Überredung und mit Gewalt arbeitswillige Seeleute von Bord zu holen. Bei der Verfolgung dieser Burschen wurden Polizeibeamte tödlich angegriffen. Da die wenigen Schuhleute der Menge nicht gewachsen waren, wurde ein Zug Feuerwehr alarmiert.

## Die Räumung des Baltikums.

**Miga**, 1. Oktober. Die Räumung des Baltikums schreitet fort. Ein Jäger-Bataillon und eine Eskadron sind nach Deutschland abtransportiert worden.

## Der Eisenbahnerstreit in England.

**Amsterdam**, 1. Oktober. In London traf die Nachricht ein, daß die Kohlenzischen im Lande die Arbeit einzstellen müssen, wenn der Streit auch nur noch wenige Tage andauert. Ebenso werden die Fabriken den Betrieb stilllegen müssen. Großindustrieelle erschließen, daß auch die Fabrikate nicht fortgeschafft werden können. Man möchte einen Stillstand der Fabriken in acht Tagen erwarten. Mehrere großindustrielle Betriebe liegen bereits still. Eine Ausserrung in allergrößten Massen steht bevor. Die von der Regierung getroffenen Maßnahmen sind die gleichen, als ob der Feind ins Land eingedrungen wäre.

## Unruhen in Rom.

**Ungarn**, 1. Oktober. In Rom fanden gestern große sozialdemokratische Demonstrationen gegen das Abenteuer von Fiume statt. Unter dem Rufe: „Nieder mit dem Krieg!“ durchzogen die Massen, Abgeordnete und Parteiführer an der Spitze ihrer Genossen, die Stadt. Oegen die Zeitung „Giornale d' Italia“ wurden unter dem Rufe: „Nieder mit Sonnino!“ besonders heftige Demonstrationen gerichtet. „Avanti“ schreibt dazu, daß das römische Volk endlich wieder Herr der Straße sei und seine

Macht für die Unschädlichmachung der Nationalisten und der Militärschaftlos berufen werde.

## Auslösung der italienischen Kammer.

**Lugano**, 1. Oktober. Das italienische Amtsblatt veröffentlicht ein Dekret, in dem auf den Vorschlag des Ministerpräsidenten Nitti der Ministerrat die sofortige Auflösung der Abgeordnetenkammer beschloß. Die Neuwahlen werden auf den 16. November angesetzt. Am 14. Dezember werden der Senat und die neue Abgeordnetenkammer zum ersten Male zusammenkommen.

## Von den Lichtbildbühnen.

**t. Orient-Theater**. Der vor bis Donnerstag bestimmte Spielplan bringt den 2. Teil des Dramas „Das Geschlecht der Schelme“, der auch denen verträglich ist, welche den 1. Teil nicht angesehen haben. Aus einer Schelmen-, d. i. Schurkensammlung, ist ein Geschlecht hervorgegangen, das sich in den Kreuzigungen mit so hohem Kriegernunst bedient hat, daß es „ehrlich“ gesprochen und ihm ein Edelstahl zugesetzt wurde. Der männliche Sohn des Abtakten des Großherzogs des Landes ist nun auf merkwürdige Weise zum Stammbaum des Geschlechts geworden, was in hochdramatischer Weise ausgeführt wird und den Zuschauer in höchste Spannung versetzt. Handlung und Spiel ist auch hier erstaunlich und verbreitete höchste Anerkennung. Weniger aufregend, aber höchst amüsant ist der zweite Film „Der gute Tag“, in dem die bekannte Künstlerin Thea Steinbacher alle Besucher durch ihre Muße und den ihr eigenen nachdrücklichen Humor erstaunt.

## Kirchen-Nachrichten.

**Gottesdienstordnung der kath. St. Barbara-Pfarrkirche in Waldenburg-Altwasser.**

Donnerstag den 2. Oktober, nachmittags 2 Uhr hl. Beichte der Mädeln. 4 Uhr hl. Beichte der Knaben der Herz-Jesu-Bruderschaft. 7 Uhr hl. Beichte der Erwachsenen. — Freitag den 3. Oktober, früh 5 Uhr hl. Beichte. 7 Uhr hl. Messe. Abends 7½ Uhr Herz-Jesu-Andacht. — Sonnabend den 4. Oktober, nachmittags 5 Uhr hl. Beichte.

**Druck u. Verlag Ferdinand Domel's Erben** (Geschäftsleitung: D. Dietrich). — Verantwortlich für die Schriftleitung: B. Mühl, für Nellame und Insolaten: G. Anders, sämtlich in Waldenburg.

## Letzte Telegramme.

### Der Kultusminister und die Schülerstreiks.

**Stettin**, 1. Oktober. Kultusminister Haenisch ist gestern abend wieder nach Berlin abgereist. Die Befreiung in Stettin nahm den gleichen Verlauf wie die in Greifswald. Die Schüler vertreten zum Teil sehr temperamentsvoll ihren Standpunkt, während der Minister erklärte, daß der Erfolg notwendig gewesen sei, um gewisse Unzuträglichkeiten und Gewalttätigkeiten zu beseitigen. Die Verordnung drehte sich nur auf die Bilder des Kaisers und Kronprinzen, sofern sie den Schulen nicht als besonderes Kunstwerk überwiesen worden seien. Gegen Streiks soll mit grösster Energie vorgegangen werden.

## Prüfung der Marktpreise.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über Errichtung von Preisprüfungsstellen vom 25. September 1915 (Reichsgesetzblatt Seite 617—614) wird folgendes bestimmt:

Bur Prüfung der Marktpreise und der in offenen Geschäften jeder Art geforderten Preise werden im Bezirk der Stadt Waldenburg eingezogen:

1. eine Marktkontrollkommission,
2. Kommission zur Kontrolle der Schuhwarenpreise,
3. Kommission zur Prüfung der Preise der Bekleidungsgütern,
4. eine Kommission zur Prüfung der Kolonialwarenpreise und
5. eine Kommission zur Prüfung der Preise für Lebensmittel jeder Art.

Die Kommissionen 1 und 2 unterstehen der Leitung des Herrn Stadtrat Franz, die Kommissionen 3, 4 und 5 der Leitung des Herrn Stadtrat Grüttner. Jede Kommission besteht aus drei Mitgliedern, die mit amtlichen Ausweisen versehen sind. Den Kommissionen steht das Recht zu, zum Zwecke der Preisprüfung Eintritt in die Geschäftsbücher, Rechnungen, Belege usw. zu nehmen. Von der Einsicht der Geschäftsinhaber wird erhofft, daß sie die Kontrollkommissionen bei den Revisionen unterstützen.

Waldenburg, den 1. Oktober 1919.

Der Magistrat.

## Die Aufnahme neuer Schüler in die gewerbliche Fortbildungsschule in Waldenburg

**Dienstag den 7. Oktober 1919**

von 5—6 Uhr nachmittags im Zeichenraale der kath. Knabenschule, Lößnitzstraße, statt.

Nach dem bestehenden Ortsstatut sind alle im Stadtbezirk wohnhaften gewerblichen Arbeiter (Gefilzte, Gehilfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter, Tauschuristen, Haushälter, Kellner, Kutscher, Schreiber, Verlehrlinge) zum Besuch der Schule bis zum 18. Lebensjahr verpflichtet und spätestens am 8. Tage nach der Annahme zum Unterricht anzumelden. Zu den fortbildungsschulpflichtigen Schreiberlehrlingen gehören außer den kaufmännischen Angestellten die Schreiber in den Fabrikkontoren. Versicherungsgaggen und technischen Bilros, worauf wir besonders aufmerksam machen. Während der Probezeit sind alle genannten ebenfalls schulpflichtig. Nach § 18 des Ortsstatutes vom 22. März 1919 können Gewerbeunternehmer wegen unterlassener oder nicht rechtzeitig erfolgter Annahme der Lehrlinge usw. auf Grund des § 150 Biffer 4 der Reichsgewerbeordnung mit Geldstrafe bis zu 20 Mark oder im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft werden, sofern nicht nach § 148 Absatz 1 Biffer 9 a. n. O. eine härtere Strafe eintrete.

Waldenburg, den 25. September 1919.

Der Verwaltungsrat der gewerb. Fortbildungsschule.

### Menzendorf.

Verloren: eine Herren- u. eine Damenuhr. Finder wird ersucht, sich im nächsten Amtsbüro zu melden.

Menzendorf, 30. 9. 19. Der Amts- u. Gemeindevorsteher.

### Neuhendorf.

Ausgabe der Wahlkarten für Selbstversorger Donnerstag den 2. Oktober ex., vormittags 7½ Uhr, im Gemeindebüro.

Neuhendorf, 30. 9. 19.

Der Gemeindevorsteher.

## Ober Waldenburg.

**Fleischkarten, Einfuhr-Zugskarten und Buttermarken.**

Die Ausgabe der neuen Fleischkarten, Einfuhrzugskarten und Buttermarken erfolgt am Donnerstag den 2. Oktober 1919, von nachmittags 4½—6½ Uhr, im hiesigen Lebensmittelamt.

Gemeindevorsteher.

## Hochwald — J. O. O. F.

Donnerst. d. 2. 10., abends 8½ U.: Vortrag. — Schwestern-Versammlung. Kassenbericht derselben.

## Verein für National-

(Nebungssid. i. d. F. d. Handelsch.) Ansässig. Montag, abd. 7½ Uhr. Fortg. — Freitag. — 7½ Anmeld. d. Anfängerkurse jedes. Vereinsbücherei Montags 6—1/2.

## Steurographen-Verein „Stolze-Schrey“, Waldenburg.

Vereinslokal: Gorlauer Bierhalle. Nebungabend Dienstag. Beginn 8½ Uhr.

## Jummwaren

Mutterspitzen, Frauentronjen, gen. Perlonentücher. M. 6, Hartal. 12, saniäre Frauenartikel.

Anfragen erbeten. Verkaufshaus Neusinger, Dresden 100, Km 323.

Privat-Mittaglich n. z. vergeb. Auenstraße 28 c, 4. Etage.

## 12 000 Mark

zur 2. Stelle hinter 24 000 Mark für großes Binshaus mit Geschäft in Dittersbach gesucht.

Offerten unter R. 10 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

## Gin Tischler

für Reparaturen, auch stundenweise, sofort gefüllt.

Wendt, Möbelgeschäft, Auenstraße 28 a.

## Rassnerlehrerin

wird sofort oder später eingestellt in Hähnel's Bierhalle, Liegnitz.

## Bürogehilfin

sollte Maschinenschreiberin, kann sich melden.

Dittersbach, den 30. 9. 1919.

Der Amtsvoivöcher.

## Zeitung-Austrägerin

für Weißseide kann sich melden in der

## Geschäftsstelle der

„Waldenburger Zeitung“.

## Helfers, erfahrene Mädelchen

für Küche und Haus zu sofort oder 2. Jan. 1920 gefüllt. Gehaltsansprüche, Vergütung, Bild bitte einzufüllen.

Franz Baumeister Halskar, Crostau a. Oder.

## 3. 15. Oktober oder später ein

## Mädelchen

von 14 bis 15 Jahren gefüllt.

Franz Aldo, Gartenstraße 4.

## Besseres, äl. Allzimädchen oder einfache Stütze

mit nur guten Zeugnissen wird zum 1. Oktober für Berlin von einzelner Dame gesucht.

Bern. Nachnungsrat A. Ruh. Meldungen erbeten an Spediteur Ruh.

Ein kräftiges Dienstmädchen für alle Haushalte zum 1. Oktober gesucht Gottesberger Straße 20, I. r.

Süche für bald Kochlehrerin, ohne gegenläufig.

Berggut, ins Gasth., Köchin, Stubenmädchen u. Mädel. all. Art. f. hier, Umgegend, Berlin, Breslau usw., Mädelchen u. Bürochen zur Landwirtschaft, f. bald u. kein.

Fräulein Auguste Opitz, gewerbsm. Stellenvermittlerin, Auenstraße 34. Telefon 682.

## Bedienungsmädchen

für einige Zeit zur Anhülle gesucht. Wo? sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

## Bedienungsmädchen

für bald gesucht Fürstensteiner Str. 1, part. I.

Einh. Bedienungsmädchen für kl. Haushalt für vorm. gesucht Fr. K. Panisch, Charlbr. Str. 16, I.

Gef. w. laubere Bedienungsfrau für einige Stunden am Tage von Sanitätsrat Dr. Kemmler, Gartenstraße 6, I.

Gutfreies Mädelchen für einige Stunden täglich zur Bedienung gesucht Ober Waldenburg, Amtsgebäude, I.

## Bergbauhoflehrerin

f. jahziges ruh. Zimmer mit gut. Pension und mittler. Pflege in gut. Familie. Oss. unt. R. E. 1249 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

## Rieine Anzeigen

wie: Geldgeände und -Angebote, Verkäufe, Kaufangebote, Stellengesuche und -Angebote finden in der

„Waldenburger Zeitung“, zweckentsprechende Veröffentlichung.

Wir haben bei unserer Stasse den

## Freizügigkeitsverkehr

eingeführt. Auf Bücher unserer Nebenstelle Altwasser (früher Gemeindesparkasse Altwasser) können von jetzt ab auch Einzahlungen und Rückzahlungen bei der Hauptstelle Rathaus geleistet werden, desgleichen auch auf Bücher der Hauptstelle Rathaus bei der Nebenstelle Altwasser.

Denjenigen Sparern, welchen die Benutzung der Nebenstelle wegen der räumlichen Entfernung der Hauptstelle vorteilhafter erscheint, empfehlen wir, die Beschreibung ihrer Bücher auf die Nebenstelle zu beantragen.

## Städtische Sparkasse Waldenburg i. Schles.,

Hauptstelle Rathaus,  
Erdgeschoss.

Nebenstelle Altwasser,  
Verwaltungsgebäude.

Amliche Hinterlegungsstelle für Mündelgelder in bar und in Wertpapieren.

## Warnung!

Alte künstliche, auch zerbrochene Gebisse nicht wegwerfen! Kaufe dieselben und

**zahle pro Zahn 2, 4, 6, 8—12 Mk.,  
pro Gramm Platin 30 Mk. und mehr.**

Für Gold, Brennstifte und außer Kurs gesetzte Münzen zahle die höchsten Tagespreise.

Bin nur Donnerstag d. 2. Oktbr. hier im Hotel „Schwarzes Ross“,  
Ring. Einkauf von 9 Uhr vorm. bis 5 Uhr nachm.

### A. Geyer's Tanzschule,

Teleph. 1089. Waldenburg, Gartenstr. 3 a. Teleph. 1089.

Lehrt außer den üblichen Rund- und Touren-Tänzen jenes die neuesten Tänze der Gegenwart, wie z. B.  
Boston modern, One Step, Maxixe-Bresilienne,  
Prinzess-Theodora-Walzer, Foxtrott, Ragtime, Jazz usw.  
im Einzelunterricht, sowie in kleinen geschlossenen Kreisen,  
auch für Vereine bei ermäßigten Preisen.  
Anmeldungen und Auskunft nur in unserer Wohnung.



Puppen - Affinie  
Helene Bruske.

## Versicherung von Reisegepäck

gegen Diebstahl, Beraubung u. Abhandenkommen einschl. des Aufenthaltes im Hotel od. Kurhaus übernimmt zu mäßigen Prämien.

**„Vaterland“, Rückvers. A.-G.**  
Vertretung: Hermann Reuschel,

Waldenburg, Auenstrasse 37.

## Altgold und Silber jeder Art

kaufen zu höchsten Preisen zum Selbsteinschmelzen

**Carl Frey & Söhne,**  
Juweliere und Goldschmiedemeister.  
Gerichtl. vereidigte Sachverständige.  
Waldenburg, Ring 13,  
und Freiburg i. Sch., Ring 26.

**Auflage** für gleichlange Figuren  
Friedensware, wie  
nen, zu verkaufen, bei Irmler,  
Altwasser, Poststrasse 7.

Gebr., gut erhalt. Kinderwagen  
zu verkaufen. Wo? sagt die Ge-  
schäftsstelle dieser Zeitung.

Die gebrauchte Singer-Näh-  
maschine zu kaufen gesucht  
bei Vogel, Mühlenstrasse 19.

**Pendelzug-Lampe**  
mit Seidenförm preiswert zu  
verkaufen. Besichtigung nur  
abends zwischen 6 und 7 Uhr  
Gartenstrasse 3 a, II, u.

**Ausweise für Stellenvermittlerinnen**  
sind vorrätig in der  
Exped. d. Waldenburg. Zeitung.

## Einer gütigen Beachtung

empfiehlt sich die

## Raumburger Topfniederlage

Hochwaldstrasse 11, neben der städtischen Bierweide.  
Meiste renommiertes Spezialgeschäft dieser  
Branche am hiesig. Platze. Stets großes Lager.  
En gros. En detail.



## Männer-Turnverein „Gut Heil“ e.V.D.N.

Waldenburg.

Sonnabend den 4. Oktbr. 1919, abends 8 Uhr,  
in der Waldenburger Bierhalle:

### Gemütliches Beisammensein.

Sonntag den 5. Oktober 1919:

Rusflug mit Damen nach Leopolds Gasthof, Ober Altwasser.  
Abgang nachmittags 3 Uhr vom Sonnenplatz.  
Rege Beteiligung seitens der Mitglieder sowie der Damen-  
abteilung erwartet  
Der Vorstand.

## Wiener Café, Waldenburg.

### Vornehmes Familienlokal.

Donnerstag den 2. Oktober 1919:

## IX. großes Sonder-Konzert

(Schlager-Abend).

Programme liegen gratis im Lokal aus.

Nachmittags von 4—6, abends von 7—11 Uhr:

### Täglich Konzert.

## Central-Hôtel „Vierhäuser“.

Donnerstag:

## Künstler-Konzert

Anfang 8 Uhr.

## Deutsches Haus, Waldenburg.

Donnerstag den 2. Oktober:

Große  
**Enten-Sfirmes,**  
wozu freundlichst einladen Hermann Adam und Frau.  
Heute Mittwoch abend: Geschürrsuppe.

Direktion Pötter

wird ersucht, das Schauspiel  
Staatsanwalt Alexander  
noch einmal aufzuführen.

Zahlreiche Theaterfreunde.

Sonntag:  
**Ausflug nach Waldhain.**  
Abmarsch 1 Uhr  
von der „Amalienquelle“.

## Stadttheater in Waldenburg.

Donnerstag den 2. Oktober:

### Ein Volksfeind.

Freitag den 3. Oktober c.

### Die tolle Komöd.

Sonnabend den 4. Oktober  
5 Uhr:

### Rumpelstilzchen.

Sonntag den 5. Oktober c.

### Schwarzwalddädel.

In Vorbereitung: Die Kino-  
künige.

## Wintergarten

Bar, Palais d Danse Diele

### Breslau

Reuschestr. 51

Niepolds-Passage

in nächster Nähe des Ringes.

Täglich 7 Uhr abends

Musik: Buschmann,

10 Künstler.

Für alle Besucher Breslaus  
das vornehmste Haus.

Gute Weine — erstkl. Küche

Diens eine Zeitung und das Unterhaltszeitung

„Schauspieler“.